chen um Unterstützung gewesen. Bis zum 15. September hätten etwa 2500 Anträge vorgelegen, von denen aber ein großer Teil nicht den Voraussetzungen entsprach.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Rund 13,9 Millionen Arbeitnehmer nach der Krankenkassenstatistik.

Berlin, 30. November. Die Monate Juli, August und September 1933 brachten nach den Feststellungen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung im Gegensatz zu dem Vorjahr eine von Monat zu Monat fortschreitende erhebliche Zunahme sowohl an Krankenkassenmitgliedern als auch an beschäftigten Arbeitnehmern. Die Zunahme an beschäftigten Arbeitnehmern betrug in abgerundeten Zahlen im Juli 129 000 oder 1,0 Prozent, im August 280 000 oder 2,1 Prozent und im September 205 000 oder 1,5 Prozent. Ende September standen rund 13,9 Millionen Arbeitnehmer in Beschäftigung, das sind rund eine Million mehr als am Schluß des Monats September 1932 und rund 2,4 Millionen mehr als Ende Januar 1933, dem diesjährigen Tiefstand der Beschäftigung.

Wie grundsätzlich günstiger die Arbeitsmarktlage in diesem Jahre geworden ist, zeigt eine Gegenüberstellung der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im Laufe des dritten Vierteljahres der letzten fünf Jahre. Danach ist in diesem Zeitabschnitt sogar in dem wirtschaftlich günstigen Jahr 1929 ein erheblicher Rückgang der Beschäftigten eingetreten, während sich im Berichtsvierteljahr erstmals von Monat zu Monat eine kräftige Zunahme an Beschäftigten ergeben hat.

Für den Arbeitsmarkt bedeutsam ist ferner die Feststellung, daß der Anteil der Frauen fast gleichmäßig absinkt. Es ist anzunehmen, daß ein Teil der beschäftigten Frauen auf Grund der Hergabe von Ehestandsdarlehen aus der Arbeitnehmertätigkeit ausgeschieden ist, da diese Maßnahme der Reichsregierung den Austausch von Frauen gegen Männer auf den verfügbaren Arbeitsplätzen fördert.

Mit Ausnahme des Bekleidungs- und des Holz- und Schnitttoffgewerbes, die im September einen geringen Rückgang der Beschäftigten aufweisen, hat die Zahl der Beschäftigten in allen erfaßten Industrie- und Gewerbegruppen von Monat zu Monat zugenommen. Die Krankenkassenstatistik bildet mit diesem Ergebnis eine wertvolle Ergänzung und Bestätigung für die von den Arbeitsämtern errechneten dauernd sinkenden Ziffern der Arbeitslosigkeit.

40 Jahre Arbeit für 250000 Menschen.

Eine Unterredung mit Staatssekretär Hierl über den Arbeitsdienst.

Berlin, 30. November. Der Reichsleiter für den Freiwilligen Arbeitsdienst, Staatssekretär Hierl, machte in einer Unterredung außerordentlich bedeutsame Angaben über den Arbeitsdienst. Dem Arbeitsdienst sei eine große volkswirtschaftliche Produktivität zuzuerkennen. **Schon jetzt finde man überall im Reich zahlreiche Stellen, die im Vorjahr noch Oedland waren und auf denen heute Kartoffeln oder Getreide wachsen. Der Arbeitsdienst wolle durch bestmögliche Bearbeitung deutschen Bodens unser Volk unabhängig von der Einfuhr lebensnotwendiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse machen.**

Wenn der Arbeitsdienst diese Aufgabe erfülle, dann habe er eine derartig produktive Aufgabe gelöst, daß demgegenüber alle im privatkapitalistischen Geist angestellten Rentabilitätsberechnungen abwegig erschienen. Die Produktivität des Arbeitsdienstes werde in viel höherem Maß erscheinen, wenn es gelungen sei, den vom alten System belassenen Zustand des planlosen Einsatzes zu beseitigen. Eine planvolle Arbeitsbeschaffung für den Arbeitsdienst, gipfelnd in einer zentralen Stelle des Reiches und Zweigstellen in den Ländern usw., sei notwendig. Seit Jahren weise er auf diese Notwendigkeit hin, doch schließlich werde es ihm gelingen, die dazu nötige Unterstützung anderer Reichsbehörden zu gewinnen.

Zur Produktivität des Arbeitsdienstes bemerkte Staatssekretär Hierl, daß der jugendliche Arbeitslose dem deutschen Volk durchschnittlich 1,50 Mark täglich koste. Der Arbeitsdienstwillige koste 2,14 Mark einschließlich der Kosten für Führung und Verwaltung. Für die Mehrkosten von 64 Pfennig werde erreicht, daß der junge Mensch, anstatt für den volkswirtschaftlichen Produktionsprozeß auszufallen, volkswirtschaftliche Werte schaffe und daß er, statt durch Arbeitslosigkeit zu verkümmern, Leib und Seele bei der Arbeit gesund erhalte und zu einer hohen sittlichen Auffassung vom Begriff „Arbeit" erzogen werde. Dieser Vorteil, der sich durch Zahlen gar nicht ausdrücken lasse, sei von größter Bedeutung auch für die Volkswirtschaft.

Eine Entlastung der Gemeinden trete schon durch das Ausscheiden der jungen Leute aus der Erwerbslosenfürsorge ein. Dazu komme noch die starke Belebung der ortsansässigen Wirtschaftskreise durch ein Lager, das 200 junge Leute mit ihren vielfältigen Bedürfnissen umfaßt. Das Geld, das dem Arbeitsdienst für die Unterhaltung der Mannschaft und des Lagers zur Verfügung gestellt werde, fließe doch restlos in die Volkswirtschaft zurück. Daher bemühten sich die Gemeinden auch, Arbeitslager in ihren Bereich zu bekommen.

Es sei selbstverständlich, daß ein Abbau des Arbeitsdienstes im kommenden Winter nicht stattfinden werde. Wetterfeste Unterkünfte, allerdings teilweise von spartanischer Einfachheit, seien vorhanden. Daneben habe die Reichsleitung transportfähige Holzbaracken entwickelt, die bereits in zahlreichen Fällen in unbewohnten Gegenden errichtet wurden.

Was die Beschäftigungsmöglichkeiten anbelange, so würden zur Durchführung der in Deutschland vorhandenen volkswirtschaftlich wertvollen Kulturarbeiten bei einem jährlichen Einsatz von einer Vierteimillion noch mindestens 40 Jahre benötigt werden. Im übrigen bleibe unverrückbares Ziel die Einführung der allgemeinen gleichen Arbeitsdienstpflicht für alle arbeitstauglichen jungen Deutschen. Zum Schluß schilderte der Staatssekretär, wie die aus dem Arbeitsdienst Ausscheidenden vielfach schon vor der Entlassung von Unternehmern angefordert würden. Die von der Reichsleitung erschaffene Organisation des „Arbeitsdank e. V." bemühe sich um die Förderung der Aufnahmebereitschaft der Wirtschaft für die im Arbeitsdienst ertüchtigten jungen Menschen.

Steuerrückstände für Arbeitsbeschaffung.

Berlin, 30. Nov. Es gibt Steuerpflichtige, deren wirtschaftliche Bewegungsmöglichkeit und Kreditfähigkeit dadurch beeinträchtigt ist, daß sie mit Steuerzahlungen hart im Rückstande sind. Es ist ihnen daher nicht möglich, den erforderlichen Kredit für von ihnen gewünschte Ersatzbeschaffungen, Instandsetzungen usw. zu erhalten, solange ihre alten Steuerrückstände bestehen.

Um dieses Hemmnis zu beseitigen, hat der Reichsminister der Finanzen die Finanzämter ermächtigt, Rückstände aus der Zeit vor dem 1. Januar 1933 unter der Voraussetzung zu erlassen, daß der Steuerpflichtige in der Zeit vom 1. Dezember 1933 bis 31. März 1934 einen entsprechenden Betrag aufwendet für Ersatzbeschaffungen an Gegenständen des gewerblichen oder landwirtschaftlichen Anlagekapitals, für Instandsetzungen oder Ergänzungen an Gebäuden oder dergleichen. Ein entsprechender Antrag muß bis spätestens 31. Dezember 1933 beim Finanzamt gestellt werden.

Der Antrag auf Erlaß des Steuerrückstandes hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn glaubhaft erscheint, daß dieser Rückstand nicht auf Böswilligkeit oder Nachlässigkeit zurückzuführen ist. Die neue Maßnahme, die eine einmalige ist, erstreckt sich auf alle Reichssteuern mit Ausnahme der Lohnsteuer.

Hinein in die Deutsche Arbeitsfront!

Dresden, 1. Dez. Die Bezirksleitung der Deutschen Arbeitsfront, Bezirk Sachsen, teilt folgendes mit:

In unserem Aufrufe vom 29. November „Hinein in die Deutsche Arbeitsfront" schrieben wir unter Absatz 3 folgende Sätze: „Die Deutsche Arbeitsfront als die Organisation aller schaffenden deutschen Menschen kennt künftig keine Verbände der Arbeiter, Angestellten und Unternehmer mehr. Darüber hinaus dürfen die genannten Verbände in keiner Form mehr in der Oeffentlichkeit in Erscheinung treten."

Diese beiden Sätze haben verschiedentlich zu Irrtümern geführt. Wir stellen deshalb im Anschluß an die letzten Verlautbarungen des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Staatsrats Dr. Ley, nochmals fest, daß die Verbände in der DAF. nach wie vor bestehen und wie bisher arbeiten. Im übrigen empfehlen wir, die weiteren Anordnungen hierüber abzuwarten, die von der Reichsleitung der DAF. erlassen werden.

Bei dieser Gelegenheit fordern wir nochmals alle schaffenden Volksgenossen in Sachsen, Arbeiter, Angestellte und Unternehmer auf, nunmehr unverzüglich ihren Beitritt zur Deutschen Arbeitsfront zu erklären. Sämtliche Dienststellen der NSBO. nehmen Anmeldungen entgegen. Volksgenossen, die bereits einem der Verbände in der DAF. angehören, sind damit automatisch Mitglieder der DAF. und brauchen sich nicht nochmals anzumelden. Betriebsführer (Unternehmer), die der NSDAP. angehören, werden aufgefordert, sich zur NSBO. anzumelden, um auch hier den Gedanken der Volksgemeinschaft zu verwirklichen. Bei allen Dienststellen der NSBO. in Sachsen, die sämtlich die Anmeldungen zur DAF. und zur NSBO. annehmen, herrscht bereits seit Mittwoch starker Andrang. Am 1. Januar schon werden die Reihen wieder geschlossen. Zögere deshalb niemand, sich so schnell wie möglich anzumelden!

Auflösung der industriellen Arbeitgeberverbände.

Berlin, 1. Dez. (Eig. Funkmeld.) **Im Anschluß an den Aufruf der Reichsregierung und des Führers der Arbeitsfront an alle schaffenden Menschen, haben die maßgebenden Verbände der industriellen Arbeitgeber in einer am gestrigen Tage abgehaltenen Sitzung beschlossen, die industriellen Arbeitgeberverbände aufzulösen und in ihre Liquidation zu treten.**

Für die evang.-luth. Volkskirche im nationalsozialistischen Staat.

Kundgebung der sächsischen nationalsozialistischen Pfarrer.

Dresden, 30. Nov. In einer kirchenpolitisch entscheidenden Stunde hatten sich, einer Aufforderung des Landesbischofs Coch folgend, am Donnerstag die Mitglieder des nationalsozialistischen Pfarrerbundes, Gau Sachsen, in Dresden zu einer außerordentlichen Tagung zusammengefunden, die im Hinblick auf die dort vorgetragenen grundsätzlichen Gedanken, als ein kirchenpolitisches Ereignis ersten Ranges für Sachsen angesehen werden muß. Absage an jede Art kirchenpolitischer oder dogmatischer Reaktion, Absage an den theologischen Liberalismus, aber auch ebenso deutliche Absage an gewisse Verirrungen, wie sie kürzlich in der Berliner Versammlung der Deutschen Christen zum Ausdruck gekommen sind, und auf der anderen Seite ein klares Bekenntnis zu deutschem, evangelischem Christentum lutherischer Art — das waren die entscheidenden Merkmale dieser für den weiteren kirchenpolitischen Kurs in Sachsen hochbedeutsamen Tagung.

Als erster Redner wies

Oberlandeskirchenrat Müller

darauf hin, daß die jetzige Zeit des Kampfes für den Nationalsozialismus und die Kirche unumgänglich nötig sei, da beide im Kampfe geboren wären. Da die Kirche nicht ohne weiteres gleichgeschaltet werden könne, müsse sie sich von sich aus in den nationalsozialistischen Gedanken hineinstellen. Das sei um deswillen nötig, weil der Nationalsozialismus den Totalitätsanspruch auf allen Gebieten erhöhe. Die Kirche, die nicht eine für sich abgegrenzte Insel sein dürfe, zeige zwei Seiten ihres Wesens, eine göttliche mit einem Evangelium, das von keinem Volkstum verändert werden könne, und eine menschliche, zu der alles gehöre, was von Menschen her geregelt würde. Gegenüber allen reaktionären Gedanken müsse betont werden, daß diese letztere Seite der Kirche nicht unveränderlich sei. In Sachsen sei die Lage völlig klar, da hier eine nationalsozialistische Kirchenleitung bestünde, die Bibel und Evangelisches Bekenntnis als Grundlage der Kirche anerkannt habe. Aber auch die irdischen Ordnungen würden vom nationalsozialistischen Denken her bestimmt werden. Da in Sachsen der Kirchenführer zugleich der Führer der Glaubensbewegung Deutsche Christen sei, könne es hier keine Meinungsverschiedenheiten geben. In seinen Schlußworten führte der Redner aus, daß die nationalsozialistischen Pfarrer sich hinter den Landesbischof und den Präsidenten des Landeskirchenamtes stellten, die für einen richtigen Kurs eintreten würden: Ganz kirchlich, ganz deutsch, ganz nationalsozialistisch.

Diese Grundgedanken begründete alsdann von der theologischen Seite her in längeren Ausführungen

Oberkirchenrat D. Grundmann.

Er ging in seinen tiefgründigen Ausführungen davon aus, daß eine neutrale Haltung der Kirche gegenüber dem nationalsozialistischen Staate nicht möglich sei. Die Kirche dürfe weder über dem Staate stehen, wie es die katholische Kirche wolle, noch unter dem Staate, wie es im alten Staatskirchentum der Fall gewesen sei. Die nationalsozialistischen Pfarrer wollten die deutsch-evangelische Kirche inmitten des Staates; nur als Kirche im Staate könne die Kirche Volkskirche sein. Im Totalitätsanspruch des heutigen Staates sei ein Stück Verwirklichung reformatorischen Staatsgedankens zu erblicken. Für die nationalsozialistischen sächsischen Pfarrer sei Jesus Christus die entscheidende Offenbarung.

In einer Auseinandersetzung mit dem bekannten Theologen Professor Barth betonte der Redner, daß auch das Volkstum uns etwas von Gottes Art zu künden habe. Für das Volkstum schlage uns unser Herz und wir seien Gott dankbar, daß er es uns gegeben habe.

Die Grundgedanken evangelisch-lutherischen Bekenntnisses

faßte der Redner dann in folgenden Sätzen zusammen:

1) Gott ist unser Herr und Vater.
2) Gott hat sich entscheidend in Jesus Christus offenbart.
3) Allein durch Jesus Christus finden wir den Weg zu Gott, dem Vater.

Nachdem Oberkirchenrat Grundmann sich mit dem kirchlichen Liberalismus und der an starren Dogmen hängenden Orthodoxie auseinandergesetzt hatte, wandte er sich sehr nachdrücklich gegen die Richtung, die Religion aus der Rasse heraus gestalten wolle. Diese Richtung sei ein Rückfall. Die deutsche Religion könne nur eine christliche sein, aufgebaut auf der Christus-Botschaft als unveränderlicher Grundlage. Wie diese Botschaft erlebt und geglaubt werde, sei Sache des einzelnen Volkstums.

Die nationalsozialistischen Pfarrer träten für ein deutsches Christentum ein, so wie es seinen Ausdruck im Luthertum gefunden habe.

Nachdem der Redner die Notwendigkeit des Arier-Paragraphen bei der Gestaltung der Kirche begründet und Bibel und Bekenntnis als Grundlage der Kirche bezeichnet hatte, schloß er seine mit großem Beifall aufgenommene Rede mit den Worten: Mit Luther und Hitler für Glaube und Volkstum.

Nach der Begründung durch Superintendent Fröhlich wurde die nachfolgende Entschließung einstimmig angenommen:

In kirchenpolitisch entscheidender Stunde stellen sich die in Dresden versammelten nationalsozialistischen Pfarrer Sachsens hinter ihren von der Synode einmütig gewählten Landesbischof. Sie geloben ihm voll Dankbarkeit für den klaren Kurs in Sachsen, bei dem Kampf um die Zukunftsgestaltung der Kirche im Geiste des neuen Deutschlands vertrauensvoll unverbrüchliche Gefolgschaft.

Die Verschärfung des Regimes im Saargebiet.

Saarbrücken, 1. Dez. (Eig. Funkmeld.) Zur Inkraftsetzung der Verordnungen, die die Regierungskommission zur Wahrung der Ruhe und Ordnung im Saargebiet erlassen zu müssen geglaubt hat, betont die Saarbrücker Zeitung, daß die Bevölkerung den neuen Verordnungen einen inneren auf sittlicher Zustimmung stehenden Gehorsam nicht entgegenbringen könne. Sich ihnen zu fügen, empfinde sie nicht als sittliche Pflicht, denn ihr Gewissen rebelliere dagegen, wie gegen jede Forderung, die sie, als im widerspruch zu ihrer nationalen Gesinnung stehend, empfindet. Daß die Verordnungen aber befolgt werden, sei ganz bestimmt eine Klugheitsmaßnahme, und diese Klugheit sei von der ganzen deutschen Bevölkerung des Saargebietes zu erwarten. Klug zu sein und sich den Verordnungen zu fügen, sich durch nichts zu einer Uebertretung hinreißen oder aufreizen zu lassen, sei eine nationale Pflicht. Das Blatt fordert die Bevölkerung auf, Disziplin zu halten und die Quittung mit dem Stimmschein zu präsentieren.

79 Kommunisten verhaftet.

Bielefeld, 1. Dez. (Eig. Funkmeld.) **Die Bielefelder Polizeistelle hat mit Unterstützung der örtlichen Polizeiorgane in Minden und Umgebung eine größere kommunistische Organisation aufgedeckt. 79 Kommunisten, darunter Organisationsleiter, Kassierer und Kuriere wurden verhaftet. Ferner wurde illegales Druckschriftenmaterial beschlagnahmt. Die Beteiligten wurden dem Richter wegen Hochverrats zugeführt, der bereits gegen eine größere Anzahl Haftbefehl erlassen hat.**

Vollstreckung eines Todesurteils.

Köln, 1. Dez. (Eig. Funkmeld.) Im Gerichtsgefängnis Köln-Klingelpütz ist heute um 7,30 Uhr der 32jährige Elektrotechniker Gottlieb Schorsch hingerichtet worden. Schorsch hatte am 8. Mai 1932 seine Ehefrau Else Schorsch und seinen vierjährigen Sohn Günter ermordet.

Wie der amtliche preußische Pressedienst zu der heute morgen in Köln vollzogenen Hinrichtung mitteilt, hat der